

Anton A. Eberle

**Die Hausdurchsuchung
sowie die Herausgabe und
Beschlagnahme von Unterlagen
im liechtensteinischen
Strafverfahren**

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht.....	III
Abkürzungsverzeichnis.....	XXI
Bibliographie.....	XXXIII
§ 1 Einführung in die Thematik.....	3
A Die Hausdurchsuchung sowie die Herausgabe und Beschlagnahme von Unterlagen.....	3
B Forschungsfrage.....	4
§ 2 Das liechtensteinische Strafprozessrecht und deren die Hausdurchsuchung sowie die Herausgabe und Beschlagnahme von Unterlagen betreffenden Bestimmungen.....	7
A Der Strafprozess.....	7
I Das Vorverfahren.....	8
1 Polizeiliche Ermittlungen.....	8
2 Antragstellung der Staatsanwaltschaft, polizeiliche und gerichtliche Vorerhebungen sowie gerichtliche Untersuchung.....	9
3 Anklageerhebung und Zwischenverfahren.....	13
II Das Hauptverfahren.....	14
III Das Rechtsmittelverfahren.....	15
1 Rechtsmittel gegen Urteile.....	15
2 Rechtsmittel gegen Beschlüsse im Allgemeinen.....	16
3 Individualbeschwerde an den StGH im Allgemeinen.....	17
IV Die Hausdurchsuchung und die Herausgabe sowie die Beschlagnahme von Unterlagen als Teil des Vorverfahrens – Abgrenzung.....	21

V	Rechtslage und Praxis in Österreich und der Schweiz im Bereich der Hausdurchsuchung, der Herausgabe von Unterlagen und der Beschlagnahme	23
1	Die Hausdurchsuchung sowie die Herausgabe und Beschlagnahme von Unterlagen im österreichischen Strafprozess	23
1.1	Vor dem Strafprozessreformgesetz BGBl. I Nr. 2004/19.....	24
a	Hausdurchsuchung	25
b	Die Beschlagnahme und die Herausgabe von Unterlagen.....	26
c	Die «Versiegelung».....	26
d	Der Rechtsschutz	29
1.2	Nach dem Strafprozessreformgesetz BGBl. I 2004/19.....	30
a	Die Hausdurchsuchung	31
b	Die Sicherstellung von Unterlagen zu Beweiszwecken	34
c	Der Widerspruch unter Berufung auf eine gesetzlich anerkannte Pflicht zur Verschwiegenheit im Rahmen der Sicherstellung – «Versiegelung»	40
d	Die Beschlagnahme von Gegenständen zu Beweiszwecken nach § 115 öStPOneu.....	52
e	Die Auskunft über Bankkonten und Bankgeschäfte	53
f	Rechtsschutz.....	61
fa	Einspruch wegen Rechtsverletzung (§ 106 öStPOneu).....	62
fb	Die Beschwerde.....	66
fc	Antrag auf Einstellung nach § 108 öStPOneu.....	71
fd	Nichtigkeitsbeschwerde gegen Urteile erster Instanz	74
fe	Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes	76
ff	Neuerung des Strafverfahrens wegen EMRK-Verletzung nach den §§ 363a ff. öStPO	79
fg	Schadenersatz	84
2	Kritische Würdigung der österreichischen Rechtslage	88
3	Die Hausdurchsuchung sowie die Herausgabe und Beschlagnahme von Unterlagen im schweizerischen Strafprozess	93

3.1	Gesetzliche Bestimmungen	93
3.2	Allgemeine Bestimmungen zu den Zwangsmassnahmen	94
3.3	Durchsuchungen	97
a	Hausdurchsuchung	99
b	Durchsuchung von Aufzeichnungen und Siegelung	103
ba	Durchsuchung von Aufzeichnungen	103
bb	Triage bei der Durchsuchung	106
bc	Siegelung	108
c	Entsiegelungsgesuch oder Rückgabe	118
d	Entsiegelungsverfahren	120
e	Durchsuchung durch die Strafverfolgungsbehörden	126
3.4	Die Beschlagnahme	127
a	Die Beweismittelbeschlagnahme	129
b	Einschränkungen der Beschlagnahme	132
ba	Unterlagen aus dem Verkehr der beschuldigten Person mit ihrer Verteidigung	133
bb	Persönliche Aufzeichnungen und Korrespondenz der beschuldigten Person	135
bc	Aufzeichnungen und Korrespondenzen, die aus dem Verkehr mit nach Art. 170–173 CH-StPO zeugnisverweigerungsberechtigten Personen stammen	136
bd	Ausnahmen vom Beschlagnahmeverbot und Folgen der Geltendmachung	138
c	Entscheid über die beschlagnahmten Gegenstände und Vermögenswerte	139
3.5	Herausgabepflicht	141
3.6	«Spezialfall» Verkehrsdaten von Providern	143
3.7	Rechtsschutz/Rechtsmittel im Ermittlungsverfahren	146
a	Beschwerde an kantonale Beschwerdeinstanz	146
b	Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht	149
3.8	Genugtuung	151

a	Genugtuung bei Einstellung oder Freispruch nach Art. 429 Abs. 1 lit. c) CH-StPO.....	151
b	Genugtuung bei rechtswidrigen Zwangsmassnahmen nach Art. 431 CH-StPO.....	153
c	Genugtuung für Dritte nach Art. 434 CH-StPO	154
d	Verjährung.....	155
3.9	Kritische Würdigung der schweizerischen Rechtslage.....	155
a	Fehlender Richtervorbehalt.....	155
b	Fehlende Einheitlichkeit und Klarheit der Zuständigkeitsregelung des Art. 396 CH-StPO	156
c	Kein getrenntes Amtshaftungsverfahren.....	156
d	Verweisungstechnik des Gesetzgebers	157
B	Historische Entwicklung des liechtensteinischen Strafprozessrechts bis 1988	157
I	Die Entwicklung vor der Verfassung von 1862.....	158
II	Die neue Verfassung von 1862	161
III	Die österreichische StPO von 1873	162
IV	Die Strafprozessnovelle von 1881 sowie deren Revisionen 1884 und 1906.....	165
V	Die liechtensteinische StPO von 1914 (LGBl. 1914 Nr. 3).....	167
VI	Die Weiterentwicklung der StPO 1914.....	172
C	Die Strafprozessordnung vom 18. Oktober 1988 und deren die Hausdurchsuchung, die Herausgabe und die Beschlagnahme betreffenden Revisionen	173
I	Die Einführung der «neuen» StPO.....	173
1	Rezeptionsvorlage.....	174
2	Gesetzgebungsverfahren.....	176
3	Die Fassung vom 18. Oktober 1988.....	181

II Die nachfolgenden Revisionen der relevanten StPO-Bestimmungen.....	186
1 Abänderung der Bestimmungen über die Abschöpfung der Bereicherung, den Verfall, die Einziehung, die Geldwäscherei und Bestechung (Revision der StPO durch LGBL. 2000 Nr. 257)	189
2 Die Einführung der Herausgabepflicht nach § 98a StPO im Rahmen des «Anti-Terrorismuspakets» (StPO-Revision LGBL. 2003 Nr. 237)	192
3 Ausbau des Opferschutzes (StPO-Revision LGBL. 2004 Nr. 236)	198
4 Erweiterung des Anwendungsbereichs von § 98a StPO	200
5 Die Revision des Polizeigesetzes (PolG) im Jahre 2007 sowie die 2014 eingefügte Rechtsmittelbestimmung des Art. 35r Abs. 1a PolG für polizeiliche Realakte.....	203
6 Abänderung von § 98a StPO im Zuge der Revision des RHG im Jahre 2008.....	209
7 Die Reform 2012 (LGBL. 2012 Nr. 26)	211
7.1 Allgemein	211
7.2 Abänderung und Ergänzung der relevanten Bestimmungen	212
a § 92 StPO	212
b § 93 StPO	213
c § 94 StPO	215
d § 95 StPO	215
e § 96 StPO	219
f § 96a StPO	224
g §§ 97 und 98 StPO	226
h Das Umgehungsverbot der §§ 104d und 108 Abs. 3 StPO.....	226
7.3 Die «Nachbesserung» 2012 (LGBL. 2012 Nr. 266)	229
7.4 Liberalisierung der Beratung von Schwangerschaftskonflikten	230

8	Die künftige Entwicklung der StPO-Bestimmungen	231
D	Zwischenfazit.....	233
§ 3	Betroffene Grundrechte.....	235
A	Das Grundrecht auf Schutz der «Privat- und Geheimsphäre» als Ausfluss von Art. 32 Abs. 1 LV und Art. 8 Abs. 1 EMRK.....	236
I	Das Hausrecht	242
1	Aufhebung bzw. Durchbrechung des Hausrechts durch die §§ 92 ff. StPO?	243
1.1	Grundsatz	243
1.2	Ausnahmen.....	244
a	Der Landesfürst und sein Stellvertreter.....	244
b	Diplomatische Vertretungen	244
2	Inhaber des Hausrechts	246
3	Vom Hausrecht geschützte Objekte.....	247
4	Exkurs: Beschränkungen des Hausrechts ausserhalb der StPO	259
4.1	Im Polizeigesetz.....	259
4.2	Im Verwaltungsrecht	260
4.3	Steueramtshilfe nach dem SteAHG	262
II	Das Schriftengeheimnis	265
III	Das Bankgeheimnis als Teilgehalt des durch Art. 32 Abs. 1 LV garantierten Schutzes der «Privat- und Geheimsphäre»?	267
B	Die Eigentumsgarantie.....	271
I	Rechtsquellen.....	273
II	Anwendungsbereich.....	274
III	Recht auf finanzielle Wiedergutmachung (Amtshaftung)	275
1	Haftung für die Beschlagnahme und Vernichtung von Industriehanf, wenn keine strafbare Handlung vorliegt?.....	278

2	Haftung für den bei einer Hausdurchsuchung zulasten eines Dritten entstandenen Sachschaden.....	281
3	Haftung für den aufgrund einer Hausdurchsuchung entgangenen Gewinn einer AG?	282
C	Das Recht auf wirksame Verteidigung	286
I	Rechtsquellen.....	286
II	Geltungsbereich	288
III	Relevante Teilgehalte und deren gesetzliche Ausgestaltung.....	293
1	Recht auf Information und Übersetzung.....	295
2	Recht auf Verteidiger	298
3	Nemo tenetur	304
3.1	Umgehungsverbot § 108 Abs. 3 StPO	308
a	Geschützte Berufsheimnisträger	312
aa	Grundidee und allgemeine Abgrenzungsproblematik.....	312
ab	Rechtsanwälte und Rechtsagenten.....	316
ac	Wirtschaftsprüfer	319
ad	Patentanwälte	322
ae	Psychiater, Psychotherapeuten und andere ausgewählte Sozialberufe	323
af	Medienschaffende	324
ag	Geistliche	326
ah	Nicht durch ein Aussageverweigerungsrecht bzw. ein Umgehungsverbot der StPO geschützte Berufsheimnisträger	327
b	Geschützte Informationen.....	331
c	Beschlagnahmeverbot oder blosses Verwertungsverbot?	337
d	Entwicklung in der liechtensteinischen Rechtsprechung.....	338
3.2	Recht auf Versiegelung.....	352

a	Zeitpunkt des (relevanten) Grundrechtseingriffs?.....	355
b	Schutz gegen die Teilnahme ausländischer Beamter bei der Durchsuchung von Papieren in Rechtshilfeverfahren?..	356
c	Urkundenaussonderungsverfahren oder Entsiegelungstagsatzung als Folge der Versiegelung.....	356
d	Zuständigkeit für die Triage bei Unterlagen eines Rechtsanwalts	358
e	Heilung der Verletzung des Teilnahmerechts des Betroffenen einer Hausdurchsuchung durch («prophylaktische») Versiegelung?.....	359
f	Voraussetzungen der Versiegelung.....	360
fa	Ständige Rechtsprechung bis 2013	360
fb	Neue Rechtsprechung des StGH (StGH 2013/2).....	366
fc	Die Praxis nach StGH 2013/2.....	373
g	Analoge Anwendung von § 112 öStPOneu bei strafprozessual geschützten Verschwiegenheitsrechten (StGH 2014/127 bzw. StGH 2015/20).....	378
D	Beschwerderecht.....	385
I	Rechtsquellen auf Verfassungsebene	385
II	Gesetzliche Umsetzung	386
III	Beschwerdelegitimation.....	388
IV	Beschwerdegrund	393
V	Wirkung der Beschwerde	395
§ 4	Eingriffsvoraussetzungen	397
A	Gesetzliche Grundlage.....	398
B	Öffentliches Interesse.....	399
I	Der Verdacht.....	402
1	Der «gegründete» oder «konkrete» Verdacht.....	403
2	Schweregrad des vermuteten Delikts.....	406

3	Verdacht gegen unbekannte Täterschaft ausreichend	407
4	Verbot der «fishing expedition» und Eigenheiten des Wirtschaftsstrafrechts.....	409
5	Entkräftung des Verdachts?.....	412
II	Ausnahmen: Der aus einem Rechtshilfeverfahren bzw. einer auf einem Ersuchen basierenden Verdachtsmitteilung stammende Verdacht.....	414
C	Verhältnismässigkeit.....	418
I	Geeignetheit.....	421
II	Erforderlichkeit.....	424
III	Verhältnismässigkeit im engeren Sinn (Zumutbarkeit und Proportionalität).....	425
IV	Exkurs: Verhältnismässigkeit in Bezug auf die Folgen einer Grundrechtsverletzung.....	428
D	Kerngehaltsgarantie.....	429
E	Richtervorbehalt.....	431
I	Grundsatz.....	432
II	Ausnahmen.....	432
§ 5	Die Zwangsmassnahmen.....	435
A	Die Hausdurchsuchung.....	435
I	Die Hausdurchsuchung im Strafverfahren.....	437
II	Gegenstand der Suche	438
III	Ausnahme: Hausdurchsuchung durch die Landespolizei ohne gerichtlichen Beschluss.....	440
IV	Ablauf einer Hausdurchsuchung mit Gerichtsbeschluss	448

1	Vorbereitung der Durchsuchung und Teilnahme des Untersuchungsrichters.....	448
2	Vorgängige Einvernahme.....	450
3	Übergabe des Beschlusses.....	454
4	Beizug weiterer Personen.....	457
4.1	Inhaber oder seine Vertretung.....	457
4.2	Vertrauensperson.....	460
4.3	Gerichtszeugen und Protokollführer.....	461
4.4	Verteidiger und Staatsanwalt.....	464
4.5	Standesvertretung.....	467
5	Die Durchsuchung.....	468
5.1	Abgrenzung der Durchsuchung von anderen Eingriffen ins Hausrecht im Strafverfahren.....	469
5.2	Verschiedene Durchsuchungshandlungen.....	470
5.3	Sicherung der Gegenstände.....	472
5.4	Beendigung der Durchsuchung.....	473
5.5	Exkurs: Unzulässigkeit der «online»-Durchsuchung mittels «Spyware».....	474
6	Protokollierung.....	475
V	Zufallsfunde.....	477
B	Die Herausgabe.....	479
I	Allgemeine Herausgabepflicht nach § 96 Abs. 2 StPO.....	481
1	Erscheinungsformen.....	483
1.1	Herausgabebefehl als Teil eines «einfachen» Beschlagnahmebeschlusses.....	484
1.2	Beschlagnahmebeschluss als Teil des Hausdurchsuchungsbefehls.....	485
2	Durchsetzung.....	486
II	§ 98a Abs. 1 StPO.....	488
1	Anwendungsbereich.....	490
1.1	Sachliche Eingrenzung.....	490

1.2	Beschränkter Adressatenkreis	492
2	Gegenstand der Auskünfte bzw. Unterlagenedition	493
3	Form der Herausgabe	496
4	Mitteilungsverbot.....	498
5	Durchsetzung bei Weigerung.....	501
6	Rechtsschutz.....	502
7	Verbot der Selbstbelastung?.....	504
C	Sicherstellung durch die Landespolizei.....	506
D	Die Beschlagnahme von Unterlagen	510
I	Unterlagen als Gegenstand und Objekt der Beschlagnahme.....	511
1	Beweistaugliche Gegenstände	511
2	Unterlagen im Speziellen	511
3	Abgrenzungen.....	515
3.1	Objekte, bei denen keine Beschlagnahme notwendig ist.....	515
3.2	Objekte, bei denen keine Versiegelung möglich ist.....	515
4	Wertpapiere.....	516
5	Unterlagen in Papierform – Originale oder Kopien?	517
6	Elektronische Daten	520
6.1	Praxis vor der Schaffung von § 96 Abs. 2a StPO	520
6.2	§ 96 Abs. 2a StPO	521
6.3	Polizeiliche bzw. gerichtliche Praxis.....	523
6.4	Beschlagnahme von Daten auf externem Server oder der «Cloud» durch Zugriff vom Betroffenen aus	524
6.5	Zugriff auf Daten eines Nutzers beim Provider selbst.....	527
II	Das «in Beschlag»-Nehmen.....	530
III	Dauer und Form der Aufrechterhaltung der Beschlagnahme	533
IV	Aufhebung der Beschlagnahme	535

1 Grundsatz: Rückstellung an den Betroffenen (§ 96 Abs. 4 StPO)	535
2 Rückstellung an den Geschädigten (§ 259 StPO).....	537
3 Fremdes Gut (§§ 266 ff. StPO).....	538
4 Kritik.....	540
V Spezialfall: Beschlagnahme von Unterlagen in einem Amt.....	541
1 Herausgabe von Behördenakten	542
2 Unterlagen von Angestellten der Landesverwaltung oder der Gemeinden bzw. Angestellten öffentlicher Anstalten	549
E Besonderheiten des Rechtsschutzes.....	551
I Aufschiebende Wirkung bzw. vorsorgliche Massnahmen bei Rechtsmitteln.....	551
1 Im Verfahren vor den ordentlichen Instanzen	551
2 Im Verfahren vor dem StGH.....	554
II Kosten der Beschwerdeführung	556
1 Gerichtsgebühren	556
2 Vertretungskosten	559
III Aufsichtsbeschwerden	561
1 Richter	562
2 Polizisten.....	565
2.1 Nach dem Polizeigesetz und dem LVG	565
2.2 Nach der PolDOV.....	566
3 Nicht-richterliches Gerichts- bzw. Staatspersonal	567
4 Auskunftsrechte	568
IV Straftatbestände.....	569
F Besonderheiten des Rechtshilfeverfahrens.....	570
I Grundsätze des Rechtshilfeverfahrens	571
1 Strafbarkeit im Inland, Fiskalvorbehalt, Rechtsstaatlichkeitsgarantie	571

2	Völkerrechtlicher Vertrauensgrundsatz	573
3	Abstrakte Eignung von Unterlagen	574
II	Teilnahme ausländischer Beamter an Hausdurchsuchungen?	579
III	Faktische Hemmung des Fristenlaufs bei Verzögerungen durch Beschwerden	602
IV	Einschränkung der Anfechtbarkeit von in Rechtshilfverfahren ergangenen Hausdurchsuchungs-, Herausgabe- und Beschlagnahmebeschlüssen	606
1	Anfechtung nur mit dem das Rechtshilfverfahren abschliessenden Beschluss und Ausnahmen	606
2	Keine Hemmung des Fristenlaufs trotz fehlender Zustellung von Beschlüssen	611
3	Beschlagnahme von Unterlagen einer gelöschten juristischen Person	616
V	Rechtshilfverweigerung als «ultima ratio»	619
§ 6	Erkannte Probleme und Unstimmigkeiten sowie Verbesserungsvorschläge	621
A	Neutraler und unabhängiger Untersuchungsrichter als Rechtsschutzgarant?	621
B	Begrenzung der Rezeption der österreichischen Bestimmungen und des Rückgriffs auf österreichische Judikatur durch den Systemunterschied	623
C	Folgenlose Verletzung von Ordnungsvorschriften	625
D	Unzureichende Kodifizierung	627
I	Fehlende Definitionen und fehlende Systematik	627
II	Rechtsschutz bei einer Hausdurchsuchung ohne gerichtliche Anordnung	628

III	Fehlendes Mitteilungsverbot bei Herausgabeaufforderungen nach § 96 Abs. 2 StPO.....	630
IV	Daten als Gegenstand der Beschlagnahme.....	631
V	Pflicht zur Datenbearbeitung und der «nemo-tenetur»-Grundsatz.....	633
VI	Beschlagnahme von Randdaten – Diskrepanz zwischen Gesetzeswortlaut und Rechtswirklichkeit.....	635
VII	Fehlende rechtliche Grundlage für den Einsatz von Analysesoftware und «Spyware»	637
VIII	Fehlende gesetzliche Ausgestaltung der Versiegelung.....	638
IX	Zu beschränkter Anwendungsbereich von § 98a StPO.....	642
X	Fehlende Sanktionsmöglichkeit von Verletzungen des Mitteilungsverbotes.....	644
XI	Teilnahme ausländischer Beamter bei Hausdurchsuchungen in Rechtshilfverfahren.....	644
E	Überschiessende Kodifizierung.....	645
I	Zu grosszügig ausgestaltete Aussageverweigerungsrechte	645
II	Schonungsgebot und gesetzlich vorgeschriebene Teilnehmer an einer Hausdurchsuchung.....	650
F	Kosten.....	652
I	Kostenersatz für Kopien.....	652
II	Gerichtsgebühren im Vergleich zum Rechtsanwaltsstarif	653
III	Gebühren für Entsiegelungstagsatzung.....	654
G	Gesondertes Verfahren für Schadenersatz (Amtshaftung).....	654
H	Verzögerungs- und Verschleppungsmöglichkeiten durch die Rechtsschutzmöglichkeiten	655

I	Fehlende begrenzendende Wirkung der in Art. 15 Abs. 1 StGHG genannten Kriterien «letztinstanzlich» und «enderledigend»	655
II	Eingeschränkte Wirkung von Art. 58c RHG aufgrund der StGH-Rechtsprechung	656
III	Verbesserungsvorschlag	657
§ 7	Beantwortung der Forschungsfrage	659
A	Genügender Rechtsschutz?	659
B	Effizienz?	660